

Foreign Policy, das bekannte US-Magazin für Außenpolitik, beschäftigt sich mit den Problemen für Europa, die durch den Ausgang der Bundestagswahl 2017 entstanden sind.

LUFTPOST

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 167/17 – 18.10.17**

Die Wahl in Deutschland

hätte nicht schlechter für Europa ausgehen können

In ihrer letzten Amtszeit hätte Angela Merkel die EU eigentlich wiederbeleben sollen, nun wird sie den Kontinent vermutlich in eine dauerhafte Krise führen.

Von Matthias Matthijs und Erik Jones

Foreign Policy, 26.09.17

(<http://foreignpolicy.com/2017/09/26/this-was-the-worst-possible-german-election-for-europe/>)

So hat sich Angela Merkel ihre vierte Amtszeit als Kanzlerin sicher nicht vorgestellt. Weil die CDU bei der letzten Wahl eine historische Niederlage erlitten hat, wird sie sich auf eine noch nicht erprobte, schwierige Koalition oder erstmals auf eine Minderheitsregierung einlassen müssen. Außerdem wird Frau Merkel mit einer sehr widerspenstigen und zornigen Oppositionspartei konfrontiert sein, mit der rechtsextremen Alternative für Deutschland / AfD, die zum ersten Mal und gleich als drittstärkste Partei in den Bundestag eingezogen ist. Da Frau Merkels erhoffter Koalitionspartner, die links der Mitte angesiedelte SPD, die Beteiligung an einer weiteren Großen Koalition kategorisch abgelehnt hat, wird sie mit der an vierter Stelle platzierten wirtschaftsliberalen FDP und den an sechster Stelle stehenden Grünen koalieren müssen.

Das Wahlergebnis (in Deutschland) unterscheidet sich stark von Emmanuel Macrons Wahlsieg in Frankreich; der hatte in der zweiten Runde der Präsidentenwahl im Mai dieses Jahres fast zwei Drittel der Stimmen erhalten, und seine neue zentristische Partei verfügt zusammen mit ihren Verbündeten über mehr als 60 Prozent der Sitze in der Nationalversammlung. Kommentatoren und selbsternannte Politikexperten waren damals vorschnell der Meinung, mit Macrons Sieg sei die populistische Bedrohung für die europäische Demokratie gebannt worden. Viele behaupteten nach den Wahlen in Frankreich sogar, Paris und Berlin würden als traditioneller französisch-deutscher Motor die Europäische Union ganz schnell wiederbeleben und überfällige Reformen umsetzen, um den Kontinent auf ein festeres wirtschaftliches und politisches Fundament zu stellen.

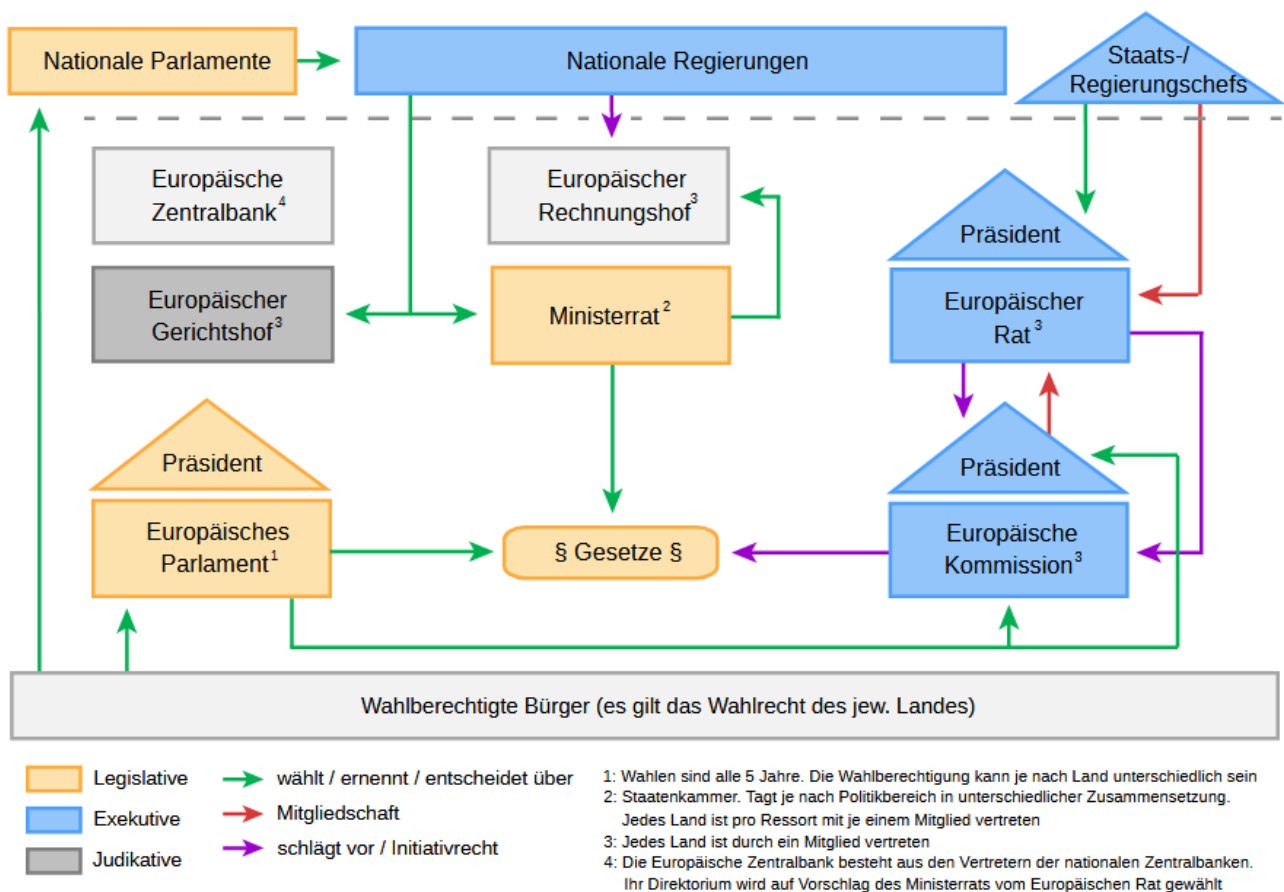
Das deutsche Wahlergebnis zwingt nun aber zu einer umfassenden Neubewertung dieser beiden Annahmen. Angela Merkel wird zwar Kanzlerin bleiben, aber unter sehr veränderten Verhältnissen, die sich sehr nachteilig auf Europa auswirken könnten.

Demokratie ohne Solidarität

Wir sollten zuerst die Illusion aufgeben, dass die beiden Wahlergebnisse irgendetwas über die relative Stabilität Deutschlands und Frankreichs aussagen. Sie beweisen nur, dass Wahlen Veränderungen bewirken können. Das Wahlergebnis in Frankreich ist nur deshalb anders ausgefallen, weil der französische Präsident direkt gewählt wird, und ein zweiter Wahlgang erforderlich war. Wenn wir die deutsche Wahl mit der ersten Runde der französischen Wahlen vergleichen, sind sich die Ergebnisse ziemlich ähnlich. Macrons zentristische Bewegung und Frau Merkels Christliche Demokraten erhielten beide ein rundes Drittel der abgegebenen Stimmen. Für die rechte Front National / FN in Frankreich und die

deutsche AfD entschieden sich jeweils rund 13 Prozent der Wähler. Frankreich Linke kamen auf rund 14 Prozent, die deutsche Partei Die Linke schaffte nur etwas mehr als 9 Prozent. Dafür hat Deutschland aber eine viel stärkere Grüne Partei, in der die Mitte zwar die Mehrheit hat, aber Rücksicht auf ihren radikaleren Flügel nehmen muss.

Die rechtspopulistische Welle schwächt die Demokratie in beiden Staaten. Der Einzug von fast 100 fremdenfeindlichen, rechten AfD-Abgeordneten in das Reichstagsgebäude, in dem auch schon die Nazis gewütet haben, macht nicht nur einen schlechten Eindruck, die AfD wird auch die Verabschiedung von Gesetzen behindern und die politische Diskussion in Deutschland vergiften. Das Gleiche gilt für die FN in Frankreich, sowohl auf nationaler Ebene als auch im Europäischen Parlament. Politische Institutionen können nur funktionieren, wenn alle darin vertretenen politischen Parteien das wollen. Wenn eine politische Partei allerdings glaubt, Erfolge vor allem durch Obstruktion erzielen zu können, kann das schlimme Folgen für die Demokratie haben.



Grafik entnommen aus https://de.wikipedia.org/wiki/Politisches_System_der_Europ%C3%A4ischen_Union#/media/File:Politisches_System_der_Europ%C3%A4ischen_Union.svg

Das deutsche Wahlergebnis wird auch direkte Auswirkungen auf Europa haben, zum Beispiel auf die Umsetzung der weitreichenden Reformvorschläge, die kürzlich Jean-Claude Juncker, der Präsident der Europäischen Kommission (s. https://ec.europa.eu/commission/commissioners/2014-2019/president_de), in seiner Erklärung zum Zustand der Europäischen Union (s. https://ec.europa.eu/commission/state-union-2017_de) vor dem Europäischen Parlament (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Europ%C3%A4isches_Parlament) gemacht hat. Junckers Vorschlag, die Ämter des Präsidenten der Europäischen Kommission und des Präsidenten des Europäischen Rates (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Europ%C3%A4ischer_Rat und https://de.wikipedia.org/wiki/Pr%C3%A4sident_des_Europ%C3%A4ischen_Rates) zu verschmelzen, hätte auch unter günstigeren Voraussetzungen

keine Chance, jemals verwirklicht zu werden. Auch seine ehrgeizige Absicht, einen in der Europäischen Kommission verankerten europäischen Finanzminister mit einem ständigen eigenen Budget für die Eurozone zu schaffen, wird er nicht durchsetzen können. Die relative Stärke oder Schwäche der französischen oder der deutschen Demokratie spielt dabei kaum eine Rolle, weil beide Vorschläge den nationalen Interessen Frankreichs und Deutschlands widersprechen.

Die zukünftige Reform der makroökonomischen Regelungen und die Konsolidierung der Europäischen Bankenunion (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Europ%C3%A4ische_Bankenunion) sind die beiden Probleme, deren Lösung sowohl von Frankreich als auch Deutschland als überlebenswichtig angesehen wird. Paris und Berlin wollen eine weitere Krise in der Eurozone unbedingt verhindern, und beide möchten erneute finanzielle Turbulenzen vermeiden. In der Vergangenheit wollten sie diese Ziele mit unterschiedlichen Mitteln erreichen. Frankreich hat traditionelle Vorbehalte gegen eine Art europäischer "Wirtschaftsregierung", Deutschland bevorzugt hingegen die Durchsetzung eines auf Regeln beruhenden Systems. Erst kürzlich haben sich Macron und Frau Merkel auf eine Reihe von Reformen verständigt, mit denen die von Frankreich bevorzugte solidarische Beschlussfassung durch eine von Deutschland gewollte größere nationale Verantwortung unter europäischer Aufsicht ersetzt werden soll. Macron hat nach der Wahl in Deutschland eine Rede gehalten, um seine Gedanken zu einer Annäherung der beiden Sichtweisen darzulegen.

Leider muss sich Macron jetzt auf eine veränderte Zusammensetzung des deutschen Parlaments und der neuen Regierungskoalition einstellen, die vermutlich eine andere Richtung einschlagen wird. Der von Frau Merkel angestrebte Kompromiss mit Frankreich wird beim rechten Flügel der CDU/CSU auf Widerstand stoßen und von ihrem neuen Partner FDP schlichtweg abgelehnt werden. Außerdem wird die Befürchtung, dass irgendwelche Zugeständnisse an die Franzosen der AfD noch mehr Wähler bringen könnten, ihren Spielraum weiter einengen. Deshalb werden sich die gegensätzlichen makroökonomischen Vorstellungen Frankreichs und Deutschlands eher vertiefen als annähern, und eine Reform der EU wird es vorerst nicht geben.

Eine deutsche Eurozone

Die Auffassungen Frankreichs und Deutschlands werden wahrscheinlich in fünf wichtigen Problemfeldern unterschiedlich bleiben. Erstens wird Deutschland aufhören, sich für seine großen Handelsüberschüsse zu rechtfertigen und statt dessen Frankreich und Italien empfehlen, die deutschen Wettbewerbsvorteile durch Steuer- und Strukturreformen auszugleichen. Zweitens wird Merkel in ihrer vierten Amtszeit weniger tolerant auf die vom Bankensystem Europas ausgehenden Risiken reagieren. Deshalb wird der Druck auf die italienischen Banken zunehmen, ihre faulen Kredite abzuschreiben und die Anzahl der in ihrem Besitz befindlichen italienischen Staatsanleihen zu verringern. Diese eingeforderte "Risikominderung" wird ihnen als Selbsthilfemaßnahme und als Preis verkauft werden, den sie für weitere Zugeständnisse von deutscher Seite zahlen müssen, wenn es um die Risikobeteiligung bei der Bankenunion geht.

Drittens wird Deutschland allen Versuchen widerstehen, einen gemeinsamen "Fiscal Backstop" (eine grenzüberschreitende Sicherungsmaßnahme, also einen weiteren Rettungsschirm) für eine europäische Einlagensicherung oder einen europäischen Bankenabwicklungsmechanismus zu schaffen. Der Widerstand dagegen war auch bisher schon sehr groß, und es bestand allenfalls die Hoffnung, dass er bei einer Verminderung der Risiken im europäischen Bankensystem abnehmen würde. Diese Hoffnung ist aber unberechtigt. Denn wenn die Risiken reduziert werden könnten, entfielen für Deutschland die Notwendig-

keit, sich mit einer Neuverteilung der Verantwortungen für nationale Bankensysteme zu beschäftigen. Das gilt ausdrücklich auch für die Schaffung so genannter "Eurobonds" (s. dazu auch [https://de.wikipedia.org/wiki/Eurobond_\(Euromarkt-Anleihe\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Eurobond_(Euromarkt-Anleihe))). Der neue Deutsche Bundestag, der mit 709 Abgeordneten der bisher größte ist, wird jeder Art von "Transferunion" (s. <https://www.boerse.de/boersenlexikon/Transferunion>) noch ablehnender gegenüberstehen als der bisherige.

Zwei weitere deutsche Einwände betreffen die Europäische Zentralbank / EZB. Nach der Wahl wird Deutschland noch stärker gegen eine Fortsetzung des Quantitative-Easing-Programms (die ständige Vermehrung der Geldmenge, s. https://de.wikipedia.org/wiki/Quantitative_Lockerung) der EZB und gegen die unkonventionelle Praxis der "Negativzinsen" für Einlagen der Banken bei der EZB intervenieren. Deutschland wird die EZB sogar vermutlich dazu drängen, der Federal Reserve der USA (weitere Infos dazu unter https://de.wikipedia.org/wiki/Federal_Reserve_System) zu folgen und die Geldflüsse durch Erhöhung der Zinsen zu normalisieren. Dieser Druck wird wahrscheinlich keine radikale Änderung in der Geldpolitik der EZB bewirken, weil diese Bank politisch unabhängig ist. Er wird dem EZB-Rat (s. <https://www.ecb.europa.eu/ecb/orga/decisions/govc/html/index.de.html>) aber die Grenzen seines Mandats in Erinnerung rufen.

Der Druck aus Deutschland wird auch den Anspruch Berlins unterstreichen, den nächsten EZB-Präsidenten zu stellen. Das ist die fünfte und letzte deutsche Forderung, die aus dem Ergebnis der Bundestagswahl für Europa erwächst. Schon vor der Wahl wurde Jens Weidmann, der gegenwärtige Präsident der Deutschen Bundesbank, als Nachfolger Mario Draghis gehandelt, dessen Amtszeit im November 2019 endet. Jetzt ist der erstrebte Wechsel noch viel wahrscheinlicher geworden.

Die Auswirkungen der geänderten Positionen Deutschlands müssen nicht sofort Probleme verursachen. So lange die europäische Wirtschaft weiter wächst, sollten die europäischen Staaten im Stande sein, die Risiken ihres Bankensystems zu beherrschen, indem sie eine allmähliche Verminderung des Geldflusses vornehmen. Es könnte ihnen sogar gelingen, die Steuerpolitik und den Arbeitsmarkt so zu reformieren, dass sie mit der "Wettbewerbsfähigkeit" Deutschlands – falls es die überhaupt gibt – konkurrieren können.

Das eigentliche Problem besteht darin, dass Europa die nächste Krise kaum besser als die letzte bewältigen wird. Es verfügt zwar über einige Mittel um (kleinere) Staaten und Banken unter strenger Aufsicht retten zu können, die reichen aber nicht aus, um allen zu helfen, die in Schwierigkeiten geraten könnten, wie zum Beispiel Italien. Europa wird ein (einheitliches) makroökonomisches Regelwerk und eine stabile Bankenunion brauchen, um größere Probleme anpacken zu können. Nach dem Wahlergebnis in Deutschland wird es aber erst einmal nicht dazu kommen.

Gestörte Demokratie

Die Bildung einer so genannten "Jamaika-Koalition" – die mit den Parteifarben Schwarz für die CDU/CSU, Gelb für die FDP und Grün für die Grünen an die Fahne dieses karibischen Staates erinnert – wird kaum reibungslos verlaufen und könnte Monate dauern. Viele Positionen der Liberalen und der Grünen scheinen unvereinbar zu sein. Die FDP lehnt die multikulturelle Einstellung und die unbegrenzte Einwanderungspolitik der Grünen ab, und die Vorstellungen beider Parteien zur Wirtschaft und zur weiteren europäischen Integration liegen ebenfalls meilenweit auseinander. Es wird interessant sein, zu beobachten, ob Frau Merkel die Quadratur des Kreises gelingen wird.

Lange und mühsame Verhandlungen in Berlin sind auch schlecht für die britische Premierministerin Theresa May in London und ihr widerspenstiges Gefolge von Brexit-Befürwor-

tern. Mit ihrer letzte Woche in Florenz gehaltenen Rede hatte Frau May gehofft, die Brexit-Verhandlungen auf dem nächsten Monat anstehenden EU-Gipfel wieder in Gang bringen und die Basis für eine zukünftige "enge Partnerschaft" zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU legen zu können. Frau Merkel wird jetzt aber kaum in der Lage sein, Großbritannien irgendwelche Zusagen machen zu können und Michel Barnier (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Michel_Barnier) und der Europäischen Kommission das Aushandeln der Ausstiegsbedingungen nach Art 50 (s. <https://dejure.org/gesetze/EU/50.html>) überlassen müssen. Die Koalitionsverhandlungen in Deutschland werden längere Zeit in Anspruch nehmen – Zeit, die Großbritannien nicht hat, weil der Brexit-Termin 29. März 2019 unaufhaltsam näher rückt.

Die deutschen Wähler haben gesprochen, und sie sind mit ihrer Unzufriedenheit mit den herrschenden Eliten nicht allein. Gleiches gilt nach Macrons Wahlsieg auch für Frankreich, für die USA unter Trump und für Großbritannien unter Theresa May und ihr Brexit-Problem. Solche Wahlergebnisse gefährden die Funktionsfähigkeit der demokratischen Institutionen. Die sind aber wichtig und dürfen nicht zerstört werden.

Derartige Wahlergebnisse schwächen die Verlässlichkeit unserer politischen Systeme, unserer Wirtschaft und unserer Gesellschaft, die sie eigentlich stabilisieren sollten. Die Frage ist, ob Politiker einen Weg finden können, diese negativen Entwicklungen aufzuhalten. Angela Merkel mit ihrer Gelassenheit und ihrer Erfahrung könnte das schaffen; sie wird beim Schmieden ihrer neuen Koalition aber an ihre Grenzen gehen müssen. Institutionen sind wirklich wichtig, aber vom Charakter und von der Führungsfähigkeit der sie leitenden Personen abhängig. Hoffen wir darauf, dass Frau Merkels vierte Kanzlerschaft ihre beste wird.

(Wir haben den Artikel, aus dem deutlich wird, wie wichtig Angela Merkel für die Durchsetzung der US-Interessen in Europa ist, komplett übersetzt und mit Ergänzungen und Links in Klammern versehen. Wir empfehlen unseren Lesern, unter http://www.luftpост-kl.de/luftpost-archiv/LP_10/LP05810_260210.pdf nochmals nachzulesen, wie sie mit tatkräftiger US-Unterstützung zur Kanzlerin der Bundesrepublik gekürt wurde. Anschließend drucken wir den Originaltext ab.)



This Was the Worst Possible German Election for Europe

Angela Merkel's final term was supposed to revive the EU. Now it might condemn the continent to permanent crisis.

By Matthias Matthijs, Erik Jones

September 26, 2017

Angela Merkel will have a fourth term in office, but not the way she wanted. In Sunday's election, her Christian Democratic alliance polled at historic lows, and she will have to rely on an untested and difficult coalition or govern with an unprecedented minority government. Merkel will also face a much more fractious and angry opposition featuring the right-wing extremist Alternative für Deutschland (AfD), or Alternative for Germany, which made its parliamentary debut as the country's third-largest party. By contrast, Merkel's most like-

ly coalition partners, now that the center-left Social Democrats have categorically ruled out participation in yet another grand coalition, placed fourth (the pro-business liberal FDP) and sixth (the Greens).

The result stands in stark contrast to recent elections in France, where Emmanuel Macron received almost two-thirds of the votes in the second round of the presidential contest held last May, and his new centrist party, together with its allies, got just over 60 percent of the seats in the National Assembly. Commentators and policy wonks were quick to point to Macron's victory as evidence that the populist threat to European democracy had been vanquished. Many even claimed, after the French election, that Paris and Berlin would quickly revive the European Union's traditional Franco-German engine and initiate overdue reforms to put the continent on a firmer economic and political foundation.

The German election results are forcing a drastic reconsideration of both those assumptions. Although Angela Merkel will return to power, it is under circumstances that will be to Europe's detriment.

Democracy Without Solidarity

We should first dispel the illusion that the German elections tell us anything about the relative stability of Germany and France. What it does tell us is that electoral institutions matter. The results in France differ only because it has a directly elected president and a second round of legislative elections. If we compare the German elections with the first round of the French legislative elections, the results were pretty much the same. Macron's centrist alliance and Merkel's Christian Democrats each emerge with around one-third of the vote; the far right French Front National (FN) and the German AfD around 13 percent; the far left in France gets around 14 percent and in Germany it gets only around 9 percent strictly speaking, though Germany also has a much larger Green Party that is divided between more centrist and more radical elements.

This populist surge weakens democracy in both countries. The entry of close to 100 AfD members in the Bundestag is important in that respect. It isn't just the negative aesthetics of seeing a xenophobic right-wing populist group gaining significant support in the former home of Nazism; it is the many practical ways that the AfD will influence the functioning of the legislative process and poison the content of Germany's political discourse. The same goes for the FN in France, both at the national level and in the European Parliament. Political institutions only work if politicians want them to function. But if politicians discover they can profit more from the system by holding it hostage or breaking it to pieces, many will happily disregard the consequences for democracy.

But the more immediate implications of the German elections are going to play out in the European context. Set aside the grand federalist ambitions recently set forth in European Commission President Jean-Claude Juncker's "State of the European Union" address to the European Parliament. Juncker's proposals to fuse the president of the Commission with the president of the European Council were never going to happen even under the best of circumstances. Neither was his ambition to create a European finance minister based in the European Commission or to create a permanent budget line for the euro area as part of the Commission's financial framework. The relative strength or weakness of French and German democracy matter little for such proposals because there is almost no circumstance where they would be in the French or German national interest.

The future reform of Eurozone macroeconomic governance and the consolidation of Europe's banking union are very different matters. These are policy areas where France and

Germany have a vital stake. Both Paris and Berlin want to prevent another crisis in the euro area, and both want to avoid a return of financial fragility. They have differed in the past on how best to achieve those objectives. Traditionally, France placed more emphasis on the exercise of discretion in the context of some kind of European “economic government,” and Germany favored the strict enforcement of a rules-based system. More recently, Macron and Merkel had shown signs of converging on a set of reforms that would trade off solidarity and collective decision-making (sought by the French) for greater national responsibility under European supervision (sought by the Germans). Macron scheduled an important speech to set out his own views on how that convergence should look to follow right after the German elections.

Unfortunately for Macron, the composition of the new German parliament — and hence the most likely new German coalition — pushes in the opposite direction. Merkel may support compromise with the French position, but the right wing of her Christian Democratic alliance is more skeptical and her allies in the liberal Free Democratic Party (FDP) are outright opposed. Moreover, the threat that the AfD would make further inroads into the electorate by criticizing any German concessions to the French on Europe will only harden those positions. Hence, we are much more likely to see continued divergence between German and French positions on macroeconomic policy matters than we are to see any new ambitious drive to reform European governance institutions.

A German Eurozone

The Franco-German divergence will likely manifest itself in five very specific ways. First, Germany will cease to be apologetic for its large trade surpluses. Instead, we will hear more talk about the virtues of German export competitiveness and about the need for other countries — France but also Italy — to follow in Germany’s footsteps of fiscal austerity and structural reform. Second, Merkel IV will be less tolerant of the risks that remain in the Europe’s banking system. Hence, we should expect more pressure on Italian banks to offload their non-performing loans and to cut down on their holdings of Italian government bonds. This emphasis on ‘risk reduction’ will be sold as a virtue in its own right and not as a price to be paid for further concessions on the German side when it comes to “risk sharing” in the Banking Union.

Indeed, and this is the third point, we should expect Germany to resist any efforts to create a common fiscal backstop for European deposit insurance or for European banking resolution. That resistance was always evident in the past and yet the hope was that it would decline alongside a reduction of risks in the European banking system. Such a link is unlikely to materialize. On the contrary, once the risk is reduced, there will simply no longer be any need for Germany to engage in a redistribution of responsibilities across national banking systems. This also applies to the creation of a common European sovereign debt instrument (or “eurobond”) but only more emphatically. The new German Bundestag — the largest ever, with 709 members — will be even less tolerant of the prospect of any kind of European fiscal “transfer union” than the one it replaced.

The remaining two points concern the European Central Bank (ECB). Post-election Germany is going to be even more in a hurry for the ECB to wind up its quantitative easing program and to move beyond the unconventional policy of taxing banks for holding their cash by charging negative deposit rates. It may even push for the ECB to follow the U.S. Federal Reserve in moving to normalize monetary conditions by raising interest rates. This kind of pressure is not likely to result in a radical change in ECB policy; the ECB is, after all, politically independent. But it will have an influence on how much the ECB’s Governing Council wants to push out the boundaries of its own mandate.

German pressure will also eventually translate into a more explicit claim by Berlin on the post of ECB president. This is the fifth and final way the German election will bear on Europe. Before the election, it was widely assumed that current Bundesbank President Jens Weidmann was a strong candidate to succeed Mario Draghi as ECB president in November 2019. Now that pattern of succession has become much more likely.

The implications of these changes in Germany's position are not immediately problematic. So long as the European economy continues to grow, European countries should be able to offload the risks in their banking systems while at the same time adapting to a gradual reduction in monetary stimulus. They may even be able to undertake the kind of fiscal and labor market reforms that will give them something approximating German-style economic "competitiveness" (assuming that really exists).

The problem is that Europe will be only marginally better able to withstand the next crisis than it was able to handle the last one. It will have some resources to bail out countries and banks under close supervision, but not enough to handle all those that are likely to get into trouble or even to manage the potential crisis in Italy. In the end, a reformed European macroeconomic governance framework and a completed banking union are necessary to tackle such oversized problems. But Europe is unlikely to build out those institutions given the results of the German elections.

Dysfunctional Democracy

The process of forming a so-called "Jamaica" coalition government — named after the party colors of the Christian Democratic alliance (black), Liberal FDP (yellow), and Greens that adorn the Caribbean country's national flag — is unlikely to be smooth and could well last months. The positions of the liberals and the Greens are often hard to reconcile. The FDP rejects the multiculturalism and open immigration policies the Greens celebrate, while their stances on the economy and further European integration are miles apart. It will be interesting to watch Merkel try to square that circle.

Long and arduous negotiations in Berlin are also bad news for British Prime Minister Theresa May and her unruly band of Brexiteers in London. After her much-anticipated speech in Florence last week, May had hoped to unlock the Brexit divorce negotiations during next month's EU summit and move on toward discussions of a future "deep partnership" between the United Kingdom and the EU. Merkel is unlikely to be in a position to give Britain the green light by then, leaving Michel Barnier and the European Commission in charge of the details of the Article 50 divorce negotiations. German coalition talks will take time, and time is one thing Brexit Britain does not have, as the Article 50 clock keeps ticking obdurately towards March 29, 2019.

The German voters have spoken, and they are not alone in passing a broadly unfavorable judgment on their ruling elites. The same could be said about France, despite Macron's centrist victory, as well as the United States of Donald Trump or the United Kingdom of Theresa May and Brexit. The challenge that comes from these kinds of electoral outcomes is that they increase the risk of democratic dysfunction. Institutions matter, but institutions can also be broken.

In turn, such election results lower the resilience both of our political systems and of the economies and societies they are meant to serve. The question is whether politicians can find some way to reverse the course of this kind of degeneration. Angela Merkel is probably the best suited in terms of temperament, experience, and ability to rise to the occasion, even though her new coalition will test her leadership skills to the limit. Institutions do mat-

ter, but character and leadership can shape institutions. Let us hope Merkel's fourth term in office turns out to be her best.

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern